

Inhalt

Vorwort 5

Über den Umgang mit diesem Buch 17

Abkürzungsverzeichnis 21

A. WILLENSERKLÄRUNGEN UND VERTRAGSSCHLUSS

§ 1 Grundlagen: Erfüllungsanspruch und Konsensprinzip 25

 Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 26

§ 2 Die Willenserklärung 27

 I. Begriff 27

 II. Arten von Willenserklärungen 27

 III. Der Tatbestand einer Willenserklärung 28

 1. Subjektiver Tatbestand der Willenserklärung 28

 2. Objektiver Tatbestand der Willenserklärung 29

 IV. Die Auslegung von Willenserklärungen 30

 1. Empfangsbedürftige Willenserklärungen 30

 2. Nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen 33

 V. Abgrenzungen 33

 1. Gefälligkeitsverhältnisse 33

 2. Geschäftsähnliche Handlungen 36

 3. Realakte 36

 VI. Das Wirksamwerden von Willenserklärungen 36

 1. Abgabe 36

 2. Zugang 38

 a) Problem 38

 b) Die grundlegende Definition 38

 c) Die Mindermeinungen 40

 d) Einzelheiten 41

 aa) Abgabe der Willenserklärung gegenüber dem Empfänger 41

 bb) Der Anwendungsbereich von § 130 Abs. 1 S. 1 BGB 42

 cc) Der Machtbereich des Empfängers 42

 dd) Erwartbarkeit der Kenntnisnahme 44

 3. Zugangsvereitelung 46

 4. Der Widerruf einer Willenserklärung (§ 130 Abs. 1 S. 2 BGB) 47

 Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 48

§ 3 Der Vertragsschluss 49

 I. Grundsatz 49

 II. Der Antrag 50

 1. Inhaltliche Anforderungen 50

 a) Bestimmtheit 50

 b) Rechtsbindungswille 51

2.	Die Bindung an den Antrag	52
a)	Die Dauer der Bindung	52
b)	Der Ausschluss der Bindung	54
c)	Der Einfluss von Tod oder Verlust der Geschäftsfähigkeit	54
III.	Die Annahme	55
1.	Inhaltliche Anforderungen	55
2.	Rechtzeitigkeit	57
a)	Verzögerung des Zugangs der Annahme	57
b)	Verspätete Annahme	57
3.	Annahme durch nicht empfangsbedürftige Willenserklärung gemäß § 151 BGB	58
IV.	Einigungsmangel/Dissens	61
1.	Fälle des Einigungsmangels	61
2.	Rechtsfolgen	62
V.	Besondere Anforderung im elektronischen Geschäftsverkehr	63
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	64

B. TRENNUNGS- UND ABSTRAKTIONSPRINZIP

§ 4	Sachenrechtliche Grundlagen	65
I.	Besitz und Eigentum	65
II.	Die Übertragung des Eigentums an beweglichen Sachen	66
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	67
§ 5	Verpflichtungsgeschäfte und Verfügungsgeschäfte	68
I.	Begriffe	68
II.	Die rechtliche Unabhängigkeit von Verpflichtungsgeschäft und Verfügungsgeschäft	68
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	70
§ 6	Die Rückabwicklung bei Unwirksamkeit von Verpflichtungs- und/oder Verfügungsgeschäft	71
I.	Kausale und abstrakte Geschäfte	71
II.	Die einzelnen Ansprüche	72
1.	Eigentumsherausgabeanspruch bei Unwirksamkeit der Übereignung	72
2.	Bereicherungsanspruch bei Unwirksamkeit des Verpflichtungsgeschäfts	73
III.	Zusammenfassung der einzelnen Fallkonstellationen	74
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	75
§ 7	Der Sinn von Trennungs- und Abstraktionsprinzip	76
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	77

C. FORMALE UND INHALTLICHE WIRKSAMKEITSVORAUSSETZUNGEN VON RECHTSGESCHÄFTEN

§ 8 Formbedürftige Rechtsgeschäfte	78
I. Formfreiheit und Formzwecke	78
II. Arten der Form	79
1. Textform (§ 126b BGB)	79
2. Elektronische Form (§ 126a BGB)	79
3. Schriftform (§ 126 BGB)	80
4. Öffentliche Beglaubigung (§ 129 BGB)	81
5. Notarielle Beurkundung (§ 128 BGB)	81
III. Auslegung und Form	82
IV. Folgen von Formverstößen	83
1. Verstoß gegen gesetzliche Formvorschriften	83
2. Verstoß gegen vereinbarte Formerfordernisse	85
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	86
§ 9 Gesetzwidrige Rechtsgeschäfte (§ 134 BGB)	87
I. Regelungsgehalt von § 134 BGB	87
II. Verbotsgesetze	87
III. Umgehungsgeschäfte	88
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	89
§ 10 Sittenwidrige Rechtsgeschäfte (§ 138 BGB)	90
I. Grundlagen	90
II. Sittenwidriges Verhalten gegenüber dem Geschäftspartner	91
III. Sittenwidriges Verhalten gegenüber Dritten und der Allgemeinheit	94
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	94
§ 11 Veräußerungsverbote (§§ 135–137 BGB)	95
I. Absolute Verfügungsverbote	95
II. Relative Verfügungsverbote	95
III. Rechtsgeschäftliche Verfügungsverbote	96
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	96

D. DIE FOLGEN DER UNWIRKSAMKEIT VON RECHTSGESCHÄFTEN

§ 12 Teilnichtigkeit (§ 139 BGB)	97
I. Grundsätze	97
II. Einheitlichkeit und Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	98
1. Einheitlichkeit des Rechtsgeschäfts	98
2. Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	99
a) Grundsatz	99
b) Quantitative Teilbarkeit und geltungserhaltende Reduktion	99
III. Der Parteilwille	100
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	100

§ 13 Umdeutung (§ 140 BGB)	101
I. Allgemeines	101
II. Das Ersatzgeschäft	102
III. Der Parteiwille	102
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	102
§ 14 Bestätigung eines nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141 BGB)	103
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	104

E. ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN UND VERBRAUCHERSCHUTZ-RECHT

§ 15 Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	105
I. Anwendungsbereich der §§ 305 ff. BGB	105
II. Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	106
III. Die Funktion von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	107
IV. Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen in den Vertrag	108
1. Einbeziehungsvoraussetzungen	108
2. Überraschende Klauseln (§ 305c Abs. 1 BGB)	109
3. Kollision von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	110
V. Auslegung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	110
VI. Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	111
1. Überblick	111
2. Voraussetzung der Inhaltskontrolle	111
3. Die Generalklausel des § 307 Abs. 1 und 2 BGB	112
VII. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit einer Klausel	113
VIII. Möglichkeiten der Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	114
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	114
§ 16 Verbraucherschutzvorschriften	115
I. Hintergrund	115
II. Informationspflichten	116
III. Widerrufsrechte	117
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	119

F. RECHTS- UND GESCHÄFTSFÄHIGKEIT

§ 17 Rechtsfähigkeit	120
I. Überblick	120
II. Beginn der Rechtsfähigkeit natürlicher Personen	121
III. Ende der Rechtsfähigkeit natürlicher Personen	121
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	122
§ 18 Geschäftsfähigkeit	123
I. Grundlagen	123
1. Begriff der Geschäftsfähigkeit	123
2. Stufen der Geschäftsfähigkeit	123

3. Der Konflikt zwischen dem Schutz nicht voll Geschäftsfähiger und der Verkehrssicherheit	124
4. Die gesetzliche Vertretung nicht voll Geschäftsfähiger	125
a) Der gesetzliche Vertreter	125
b) Handeln des gesetzlichen Vertreters und Handeln des nicht voll Geschäftsfähigen	126
5. Sonderfälle der Geschäftsfähigkeit	127
II. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	127
1. Überblick	127
2. Partielle unbeschränkte Geschäftsfähigkeit des beschränkt Geschäftsfähigen	128
3. Abgabe von Willenserklärungen durch beschränkt Geschäftsfähige	129
a) Rechtlich lediglich vorteilhafte Geschäfte	129
aa) Grundsatz	129
bb) Einzelfälle	129
cc) Rechtlich neutrale Geschäfte	132
b) Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	133
aa) Allgemeines zur Einwilligung	133
bb) Die Einwilligung nach § 107 BGB	135
cc) Die Einwilligung durch Überlassung von Mitteln nach § 110 BGB	136
4. Wirksamwerden von Willenserklärungen gegenüber beschränkt Geschäftsfähigen	139
5. Verträge ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	140
a) Regelungstechnik	140
b) Genehmigung	142
c) Der Schutz des Vertragspartners	143
6. Einseitige Rechtsgeschäfte	144
III. Die Geschäftsunfähigkeit	145
IV. Bewusstlosigkeit und vorübergehende Störung der Geistestätigkeit	146
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	147

G. WILLENSMÄNGEL

§ 19 Der Konflikt zwischen dem Schutz der Privatautonomie und dem Verkehrsschutz	149
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	153
§ 20 Bewusstes Auseinanderfallen von Wille und Erklärung	154
I. Geheimer Vorbehalt (§ 116 BGB)	154
II. Scheinerklärung und Scheingeschäft (§ 117 BGB)	154
III. Scherzerklärung (§ 118 BGB)	156
IV. Zusammenfassung	157
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	157

§ 21 Unbewusstes Auseinanderfallen von Wille und Erklärung	158
I. Mängel des Geschäftswillens	158
1. Fehler bei der Äußerung des Willens	158
a) Erklärungsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB)	158
b) Inhaltsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB)	158
c) Unrichtige Übermittlung (§ 120 BGB)	159
d) Gemeinsame Voraussetzungen	159
e) Die Anfechtbarkeit des Verfügungsgeschäfts	160
2. Fehler bei der Willensbildung	161
a) Grundsatz	161
b) Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2 BGB)	161
aa) Rechtsnatur	162
bb) Voraussetzungen	162
cc) Die Anfechtbarkeit des Verfügungsgeschäfts	165
3. Problemfälle	166
a) Rechtsfolgenirrtum	166
b) Kalkulationsirrtum	167
c) Automatisch generierte Erklärungen	169
II. Mängel des Erklärungsbewusstseins	172
III. Mängel des Handlungswillens	174
IV. Zusammenfassung: Feststellung des Inhalts einer Erklärung und Folgen von Willensmängeln	175
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	176
§ 22 Die Anfechtung wegen arglistiger Täuschung und widerrechtlicher Drohung	177
I. Vorbemerkung	177
II. Arglistige Täuschung (§ 123 Abs. 1 Alt. 1 BGB)	177
1. Täuschung	177
a) Erregung eines Irrtums	177
b) Täuschung durch Tun oder Unterlassen	177
c) Person des Täuschenden	178
2. Widerrechtlichkeit der Täuschung	179
3. Kausalität	181
4. Arglist	181
5. Die Anfechtung des Verfügungsgeschäfts	182
III. Widerrechtliche Drohung (§ 123 Abs. 1 Alt. 2 BGB)	183
1. Drohung	183
2. Widerrechtlichkeit	183
a) Widerrechtlichkeit des angestrebten Zwecks	183
b) Widerrechtlichkeit des eingesetzten Mittels	183
c) Widerrechtlichkeit der Mittel-Zweck-Relation	184
3. Kausalität	184
4. Subjektive Voraussetzungen	184
5. Die Anfechtung des Verfügungsgeschäfts	184
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	185

§ 23 Ausübung des Anfechtungsrechts und Rechtsfolgen	186
I. Die Erklärung der Anfechtung	186
II. Die Anfechtungsfrist	187
1. Anfechtung nach §§ 119, 120 BGB	187
2. Anfechtung nach § 123 BGB	187
III. Der Ausschluss der Anfechtung bei Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144 BGB)	188
IV. Die Folgen der Anfechtung	188
1. Nichtigkeit des angefochtenen Rechtsgeschäfts (§ 142 Abs. 1 BGB)	188
2. Einschränkung der Anfechtungsfolgen nach Treu und Glauben (§ 242 BGB)	190
3. Die Schadensersatzpflicht des Anfechtenden nach § 122 BGB	191
V. Die Anfechtbarkeit nichtiger Rechtsgeschäfte	194
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	194

H. STELLVERTRETUNG UND BOTENSCHAFT

§ 24 Einführung	196
I. Die praktische Bedeutung der Stellvertretung	196
II. Das Wesen der direkten Stellvertretung	196
III. Die Voraussetzungen der direkten Stellvertretung	197
1. Aktive Stellvertretung	197
2. Passive Stellvertretung	198
3. Zusammenfassung	199
IV. Die Unterscheidung von direkter und indirekter Stellvertretung	199
V. Die Zulässigkeit der Stellvertretung	200
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	200
§ 25 Der Offenheitsgrundsatz	201
I. Grundprinzip	201
II. Das Handeln in fremdem Namen	201
III. Das Handeln unter fremdem Namen	202
IV. Das Geschäft für den, den es angeht	204
V. Die subjektiven Voraussetzungen	205
VI. Passive Stellvertretung	206
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	207
§ 26 Die Vertretungsmacht	208
I. Überblick	208
II. Gesetzliche Vertretungsmacht	209
III. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht	209
1. Allgemeines	209
2. Die Erteilung einer Vollmacht	209
a) Allgemeines	209
b) Form	210
3. Das Erlöschen der Vollmacht	211
a) Grundsatz	211
b) Erlöschen nach Maßgabe des Grundverhältnisses	211

c) Widerruf	212
4. Die Abstraktheit der Vollmacht	214
5. Einseitige Rechtsgeschäfte	215
IV. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins	216
1. Grundlagen	216
2. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins bei Erlöschen einer Außenvollmacht (§ 170 BGB)	218
a) Rechtsschein	218
b) Zurechenbarkeit	218
c) Kausalität	218
d) Gutgläubigkeit des Dritten	219
3. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins bei Kundgabe einer Vollmacht (§ 171 BGB)	220
a) Rechtsschein	220
b) Zurechenbarkeit	220
c) Kausalität	220
d) Gutgläubigkeit des Dritten	220
4. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins bei Vorlage einer Vollmachtsurkunde (§ 172 BGB)	221
a) Rechtsschein	221
b) Zurechenbarkeit	221
c) Kausalität	222
d) Gutgläubigkeit des Dritten	222
5. Die Anscheinsvollmacht	222
a) Begriff	222
b) Der Streit um die Anscheinsvollmacht	222
c) Voraussetzungen	223
aa) Rechtsschein	223
bb) Zurechenbarkeit	223
cc) Kausalität	224
dd) Gutgläubigkeit des Dritten	224
6. Die Anfechtbarkeit einer Rechtsscheinvollmacht	224
7. Rechtsfolgen einer Rechtsscheinvollmacht	225
V. Die Duldungsvollmacht	226
VI. Rechtsscheinhaftung bei Handeln unter fremdem Namen	227
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	228
§ 27 Vertretung ohne Vertretungsmacht	230
I. Grundsätze	230
II. Vertragsschluss ohne Vertretungsmacht	230
III. Einseitige Rechtsgeschäfte	231
1. Aktive Stellvertretung	231
2. Passive Stellvertretung	232
IV. Die Haftung des falsus procurator nach § 179 BGB	232
1. Abschluss eines Vertrags ohne Vertretungsmacht	232
2. Verweigerung der Genehmigung	233
3. Ausschluss der Haftung nach § 179 Abs. 3 BGB	233

4. Haftungsinhalt	233
a) Kenntnis vom Mangel der Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 1 BGB)	233
b) Keine Kenntnis vom Mangel der Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 2 BGB)	234
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	235
§ 28 Einzelne Probleme des Stellvertretungsrechts	236
I. Untervertretung	236
II. Gesamtvertretung	238
III. Die Anfechtung der Vollmacht	239
IV. Willensmängel und Wissenszurechnung (§ 166 BGB)	243
1. Prinzipielle Maßgeblichkeit der Person des Vertreters (§ 166 Abs. 1 BGB)	243
a) Willensmängel	244
b) Kennen und Kennenmüssen	244
2. Ausnahmsweise Beachtlichkeit der Person des Vertretenen (§ 166 Abs. 2 BGB)	245
a) Kennen und Kennenmüssen	245
b) Willensmängel	246
V. Der Missbrauch der Vertretungsmacht	248
1. Problem	248
2. Kollusion	248
3. Nicht-kollusiver Missbrauch	249
VI. Insichgeschäfte (§ 181 BGB)	250
1. Problem	250
2. Rechtsfolge	251
3. Anwendungsbereich	252
a) Selbstkontrahieren und Mehrvertretung	252
b) Verträge und einseitige Rechtsgeschäfte	252
c) Einschränkung und Ausweitung des Anwendungsbereichs	252
aa) Problem	252
bb) Einschränkung des Anwendungsbereichs	253
cc) Ausweitung des Anwendungsbereichs	253
4. Zulässige Insichgeschäfte	254
a) Gestattung	254
b) Erfüllung einer Verbindlichkeit	254
5. Das Problem der Erkennbarkeit von Insichgeschäften	257
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	257
§ 29 Boten	259
I. Boten und Stellvertreter	259
1. Der Begriff des Boten	259
2. Die Abgrenzung von Boten und Stellvertretern	259
a) Aktive Stellvertreter	259
b) Passive Stellvertreter	261

II. Erklärungs- und Empfangsboten	263
III. Fehler bei der Übermittlung von Willenserklärungen	266
1. Pseudo-Boten	266
2. Fehler von „echten“ Empfangsboten	267
3. Fehler von „echten“ Erklärungsboten	267
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	269
 I. GEGENRECHTE	
<hr/>	
§ 30 Einreden und Einwendungen	270
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	271
§ 31 Grundzüge des Verjährungsrechts	272
I. Begriff und Zweck	272
II. Gegenstand der Verjährung	272
III. Die Verjährungsfristen	272
1. Regelmäßige Verjährungsfrist	272
2. Sonderverjährungsfristen	273
3. Verjährung bei Rechtsnachfolge	273
IV. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn der Verjährung	274
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	274
Definitionen	275
Literaturverzeichnis	283
Sachregister	285